

Viele Palästinenser setzen große Hoffnungen in die EU. Die angedrohte Streichung der Hilfszahlungen aus Brüssel nach dem Wahlsieg der radikalen Hamas sorgt aber für große Verunsicherung. Ein Lokalaugenschein

ANGST VOR DER ÄCHTUNG

VON HUBERT J. WAGNER
Ramallah

Es war eine günstige Gelegenheit, um mit einigen korrupten Herrschaften innerhalb der Fatah abzurechnen. Vom Wahlsieg der Hamas Ende Jänner waren die Palästinenser aber dann selbst überrascht. Niemand hatten einen solchen Erfolg der von der Staatengemeinschaft geächteten Terrorgruppe gewollt. „Schon während der ersten Aufregung hatte man das Gefühl, dass eine Tür zur Weltpolitik zugeschlagen wurde“, sagt Abbas Melhim, 48, Projektleiter von HDIP, einem palästinensischen *think tank* in Gestandheits- und Sozialfragen.

Hilfe zur Selbsthilfe heißt die Formel, die HDIP den Menschen im Westjordanland und dem Gaza-Streifen beibringt. Mit Geldern der EU wurden Nähwerkstätten für 500 Frauen und Betriebe zur Herstellung von Produkten des täglichen Bedarfs finanziert. Acht Bibliotheken ermöglichen den Jungen eine bessere Schulbildung.



Palästinenser vor dem Checkpoint Kalandia – die bis zu sieben Meter hohe Betonmauer empfinden sie wie ein Gefängnis

landia. Ist der wieder einmal gesperrt, führt er die Kunden für umgerechnet fünf Euro über einen 50 Kilometer langen Umweg zum Ziel.

Schon von Weitem sieht man die bis zu sieben Meter hohen Betonwände. Stahlschleusen in Richtung Jerusalem, die man nur einzeln passieren kann, sorgen oft für lange Wartezeiten.

Eine Gruppe muslimischer Frauen aus England, angereist zu einem Friedenssymposium, besichtigt die Mauer – für sie ein Symbol menschenverachtender Politik der Israelis. Ein alter Palästinenser klagt ihnen sein Leid: „Sie mauern uns ein. Für mich ist es schwieriger, nach Nablus zu kommen als nach Europa.“

Ausama T. Hashima, 48, ist Polizist in Ramallah und wohnt in der Altstadt von Jerusalem. Mit 25 Mitarbeitern versucht er junge Palästinenser vor dem Abdriften in die Kriminalität zu schützen.

Der EU und besonders den Franzosen traut er erfolgreiche Friedensvermittlungen zu. Die Politik der USA ist ihm zu einseitig. Beunruhigend



Polizist Ausama Hashima

Vor allem junge Palästinenser setzen große Hoffnungen in die EU. Der Hamas-Sieg hat sie aber stark verunsichert: „Ich vertraue keinen Verträgen mehr“, sagt Mahmud Ibrahim Hamad, ein 27-jähriger Taxifahrer, „ich möchte irgendwann Resultate sehen.“ Als Halbwächter saß er sieben Jahre in einem israelischen Gefängnis. Heute spricht er zwar fließend Hebräisch, aber es nützt ihm nichts: Er darf das Westjordanland nicht verlassen.

Bis zu zehn Mal am Tag fährt er mit seinem Ford Transit die vier Kilometer lange Strecke vom Bushof Ramallah zum Checkpoint Ka-

Die Verhandlungen über die Rolle der neuen Hamas-Regierung scheinen zu stocken: Der Westen fordert Gewaltverzicht und die Anerkennung der Friedensverträge mit Israel. Die Hamas lehnt beides ab. Die starren Fronten sind die größte Hürde für die Fortsetzung internationaler Finanzhilfen.

Welche Fäden zur Lösung des Konflikts gezogen werden, weiß Andreas Sami Prauhart (31). Der österreichische Jurist und Politikwissenschaftler mit Wurzeln in der Region, ist unabhängiger politischer Berater im Kabinett des PLO-Vorsitzenden, Präsident Abbas. Der KURIER sprach mit ihm über

► **die Rolle einer Hamas-Regierung:** Es wird eine schwache Hamas geben, die effizienten Sozialleistungen an die Palästinenser erbringt, aber außenpolitisch in den nächsten zwei Jahren kaum eine Rolle spielen wird, falls die internationale Staatenge-

INTERVIEW

„Die Hamas wird weiter um internationale Hilfe bitten“

meinschaft an ihrer Position festhält.

► **die Kernfrage der Verhandlungen:** Die Rolle des Präsidenten und seine Position im Verhältnis mit der Hamas. Aber es gibt für Palästinenser keine rein innenpolitischen Themen. Alles wird von außen beeinflusst, besonders von Israel und den USA.

► **ein möglicher Kompromiss:** Die Hamas wird die Gehälter der Politiker transparent machen und die internationale Gemeinschaft weiter um Hilfe bitten. Es gibt zwei Alternativen: Dass Hamas in ihrer Position weicher wird, weil sie auf eine Lücke zum Dialog hofft. Dann könnten



PLO-Berater Prauhart

Gelder direkt, etwa an Spitäler, überwiesen werden. Das ist Thema der Verhandlungen mit Abbas. Gearbeitet wird aber auch an einer Alternative: Der Umgehung der Hamas-Kanäle, sodass etwa Weltbank, UNO, EU und USA direkt an Gemeinden und extra gegründete Fonds Hilfgelder überweisen können und Kontrollen der palästinensischen Verwaltung umgangen werden. Diese Variante beinhaltet Widersprüche: Konkret etwa den Wunsch, Demokratie zu fördern, Institutionen aufzubauen und diese dann bedeutungslos zu machen.

► **die Weigerung der Hamas, dem bewaffneten Kampf abzuschwören:** Die Hamas hat nie geglaubt, dass die Friedensverträge das Ziel der Palästinenser, einen eigenen Staat, näher rücken lassen und sie kritisiert, dass das besetzte Volk und nicht die Besatzung als Ursache der Gewalt gesehen wird. Die Menschen haben die Hamas-Partei gewählt, damit sie keine „Kapitulationsverträge“ unterschreibt.

► **die Überlebensfähigkeit Palästinas:** Voraussetzung ist ein Abzug der militärischen Besatzung, die Kontrolle der Außengrenzen, ein Rückholen der israelischen Siedler und Stopp des Mauerbaus. Die Palästinenser sind ein sehr gebildetes Volk. Tourismus – etwa in Jerusalem – wäre eine gute Einnahmequelle, aber auch die Landwirtschaft. Eine Kooperation mit Israel, wirtschaftlich und menschlich, würde beiden Teilen viel bringen.

Interview: Romana Klär

EU: Größter Geber

Mit 500 Millionen Euro pro Jahr ist die EU der wichtigste Geldgeber der Palästinenser.

► **Drohung:** Sollte die Hamas nicht der Gewalt abschwören, sollen bis zu 50 % gestrichen werden.

findet er Meldungen aus Brüssel, dass Hilfgelder künftig direkt an die Palästinenser und nicht an eine Hamas-geführte Regierung fließen sollen: „Wie will die EU das machen. Keiner will die Hamas, aber es braucht eine zentrale Koordination, um Missbrauch zu verhindern.“

Dass jüngst EU-Einrichtungen in Gaza angegriffen wurden, hält Abbas Melhim von HDIP für einen „reinen Akt der Verzweiflung“. Viele dieser jungen Palästinenser lebten in einem Klima der Gewalt und wüssten kaum etwas über die EU und ihre Politik.

► INTERNET
www.hdip.org/

FRAGE DER WOCHE

Jobs und Wachstum sind wichtige Ziele der EU. Welche Möglichkeiten hat die Union, Fehler in den Mitgliedsstaaten zu sanktionieren?

Wie auf nationaler Ebene können Politiker auch in Europa nicht direkt Jobs und Wachstum herbeiführen.

Aufgabe der EU ist es, die besten Bedingungen für Unternehmer und Firmen zu schaffen, um das Entstehen von Arbeitsplätzen zu fördern. Das erfordert Teamwork.

Beim Treffen der EU-Regierungschefs in Brüssel hat der österreichische Ratsvorsitz alle Akteure an einem Tisch versammelt. Erstmals nahmen an den Gipfelberatungen auch die Präsidenten der europäischen Sozi-



EU-Botschafter Gregor Woschnagg beantwortet jeden Montag EU-Fragen

alpartner und der Europäischen Zentralbank teil.

Vereinbart wurden konkrete Ziele für mehr Wachstum und Beschäftigung: Jeder Mitgliedstaat hat die Aufgabe der Jobsuche seit Ende der vergangenen sechs Monate einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz angeboten bekommen; Unter-

nehmensgründungen sollen innerhalb einer Woche möglich sein; Klein- und Mittelbetriebe werden von Bürokratie entlastet. Zielder Maßnahmen ist es, bis 2010 die Schaffung von zehn Millionen neuen Arbeitsplätzen zu unterstützen.

► **GERÜSTET:** EU-Austauschprogramme für Schüler, Lehrlinge und Studenten sollen der Jugend die Möglichkeit geben, sich umfassend zu qualifizieren, um dadurch besser gerüstet in die Arbeitswelt einzutreten.

Die konkrete Umsetzung der Wachstumsstrategie ist Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Sie zeichnen für die nationale Politik in den Bereichen Beschäftigung und Ar-

beitsmarkt verantwortlich. In der neuen Partnerschaft für Wachstum und Arbeitsplätze haben sich die Mitgliedsstaaten 2005 jedoch freiwillig zu einer laufenden Überprüfung ihrer Programme auf europäischer Ebene verpflichtet.

Wer gegen die strengen europäischen Wettbewerbsregeln verstößt und Wachstum und Beschäftigung beim Konkurrenten bremst, muss zudem mit hohen Strafen seitens der EU-Kommission rechnen.

Die Computerfirma Microsoft wurde zur Zahlung von rund 500 Millionen Euro verurteilt. Dem Konzern wird vorgeworfen, seine beherrschende Stellung am Markt ausgenutzt zu haben.

ÜBERBLICK

Grünes Licht für den EU-Führerschein

Die EU-Verkehrsminister beschließen heute in Brüssel die Einführung eines EU-weit einheitlichen Führerscheins. Für Lkw-Fahrer bringt er strengere Auflagen. Ab 2012 werden neue Lkw- und Bus-Führerscheine in allen EU-Staaten auf fünf Jahre befristet. Bei der Verlängerung wird anders als bei Pkw- und Motorradlenkern ein Gesundheitscheck vorgeesehen.

Beratungen über Jugendarbeitslosigkeit

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt ab Mittwoch die EU-Jugendminister bei ihrem informellen Rat in

Bad Ischl. Zeitgleich findet in Wien und Ischl ein Treffen von 100 Jugend-Delegierten aus den 25 EU-Ländern statt.

Das sage ICH zur EU

Soll die EU den Jugend-Austausch stärker fördern?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung

leser@kurier.at
www.kurier.at/leser
FAX: 01 / 52 100 / 2703